

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/69

9. April 1976

Der Griff nach der Macht

Wahlkampf der CDU/CSU ohne moralische Hemmungen

Seite 1 / 37 Zeilen

Die Bundeswehr und ihre Jugendoffiziere

Ein kritisches Potential für die Demokratie

Von Erwin Horn MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 2 und 3 / 57 Zeilen

Reformpläne für die Europäischen Schulen

Neue Probleme müssen im Interesse der Kinder gelöst werden

Von Karl-Heinz Walkhoff MdB

Berichterstatler des Europäischen Parlaments

Seite 4 und 5 / 94 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"An einer Spitze: Die Bundesrepublik"

Seite 6 / 44 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presseteil 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 09 88 840 - 48 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Der Griff nach der Macht

Wahlkampf der CDU/CSU ohne moralische Hemmungen

Nun gibt es keinen Zweifel mehr: Die beiden Unions-Parteien haben sich entschlossen, die politische Konfrontations-Strategie des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in vollem Umfang zu übernehmen und zur alleinigen Richtschnur ihrer Wahltaktik für den Bundestagswahlkampf 1976 zu machen. Der Wahlerfolg von Baden-Württemberg hat die letzten Hemmnisse, die sich noch in den Schlußtagen des baden-württembergischen Landtagswahlkampfes angesichts der erschreckenden Ausuferungen der Filbinger-Agitation so deutlich gezeigt hatten, überrascht, so daß jetzt ganz offensichtlich freie Bahn für die "Falken"-Gruppe Strauß-Carstena-Dregger-Filbinger gegeben ist. Das Einschwenken des CDU-Generalsekretärs Prof. Dr. Kurt Biedenkopf auf die Kolzhammer-Linie war das jüngste Anzeichen für diese Entwicklung, mit der sich nicht nur die SPD und die FDP, sondern auch das ganze deutsche Volk konfrontiert sieht.

Es hat vermutlich wenig Sinn, noch vor dem Anrollen der großen Schlammflut, mit der die CDU/CSU ihre parteipolitischen Gegner begraben möchte, an Werte wie Moral oder Ähnliche zu appellieren. Auch die Hinweise auf die Gefährlichkeit einer solchen hemmungselosen Polarisierung dürften vermutlich im Schwarzen verpuffen. Das Strauß-Zentralorgan "Bayernkurier" hat bereits in dürren Worten gesagt, was zu solchen jetzt nur noch zaghaften Versuchen zu sagen wäre, um im letzten Augenblick das Schlimmste zu verhüten zu wollen. Es geht der CSU, die im Unions-Lager nunmehr den Befehl übernommen hat, ausschließlich um die totale Mobilisierung des "Mutes", den man aktivieren muß, um der sozialliberalen Koalition das Bonner Rückgrat brechen zu können.

Winkelzüge und Herumrederei im Biedenkopf-Stil sind bei der CDU/CSU nicht mehr gefragt. Man glaubt, es nach dem 4. April nicht mehr nötig zu haben, seine ausschließlich dem Machtstreben dienenden Pläne mit demokratischen Phrasen zu verhüllen. Diese Phrasen werden natürlich noch bis zum 3. Oktober mitlaufen, und man wird weiter von Sicherung des Wahlstandes, Ausbau der Freiheit, Erfüllung deutscher und europäischer Aufgaben und vor allem von der Durchsetzung der Freiheit gegen den Sozialismus reden. Das alles hat aber nur Keschierungsfunktion. Es geht der CDU/CSU tatsächlich nur um ein Ziel, um einen einzigen Punkt, den man mit allen Mitteln auf Teufelkommaus verwirklichen will: Es geht um die Macht in Bonn. Oder, wie Franz Josef Strauß das am 8. April 1976 in Krefeld in schamloser Offenheit gesagt hat:

"Wir müssen Deutschland wieder in den Griff bekommen!"

(e/9.4.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Die Bundeswehr und ihre Jugendoffiziere

Ein kritisches Potential für die Demokratie

Von Erwin Horn MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Das äußere Bild bot den gewohnten Anblick: Wie zur Abfragestunde bereit, saßen am oberen Ende die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten und an zwei langen Tischreihen die Jugendoffiziere. Doch der Ablauf der Tagung vollzog sich auf weite Strecken in umgekehrter "Gefechtsordnung". Die Jugendoffiziere hatten das Wort. Sie berichteten, kritisierten, gaben Anregungen und unterbreiteten Vorschläge. In Abwandlung des Pestalozzi-Wortes, kein Lehrer sei so gut, daß er nicht auch noch etwas von seinen Schülern lernen könnte, konnten die Abgeordneten als Ergebnis der Tagung feststellen, daß auch sie einiges dazu gelernt hatten. Die Aufgabe des Jugendoffiziers in seiner Stellung zwischen Truppe und Öffentlichkeit erfordert außerordentliche Leistungen, wenn er allen an ihn gestellten Forderungen gerecht werden soll. Er soll zugleich ein guter Soldat und hervorragender Pädagoge sein, von ihm wird aber analytische Begabung und konstruktives Umsetzungsvermögen ebenso verlangt, wie Kontaktfähigkeit zu den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Wendigkeit im Umgang mit dem Einzelnen.

Nachdenklich stimmte die Abgeordneten vor allem die Darstellung der Jugendoffiziere über die psychologischen Barrieren bei den Jugendlichen. Der realistische militärische Stärkevergleich zwischen Ost und West, wie er im Weißbuch erfolgt ist, soll zweifellos eine sachliche Motivation darstellen, um die potentielle militärische Bedrohung aufzuzeigen. Viele junge Menschen, vor allem die sogenannten opinion-leader, also entscheidende Meinungsbildner, sind sehr genau über weitergehende Schriften unterrichtet, wie z. B. über die sogenannte Studie des belgischen Generals Cloae und auch das Buch von General Steinhoff. Zusätzliche Primitivagitationen der CDU/CSU und der Springer-Presse erschweren erheblich eine sachliche Arbeit der Jugendoffiziere. Das von den Kalten Kriegern in der Bundesrepublik immer wieder bewußt verzerrte Bild im militärischen Stärkevergleich und auch in der übertrieben negativen Darstellung des Zustandes der NATO ruft bei den jungen Menschen ein deprimierendes Unterlegenheitsgefühl hervor. Die Konsequenz dieser wie

lähmendes Gift wirkenden Propaganda führt nach der einmütigen Auffassung aller Jugendoffiziere zu einem resignierten Verhalten. Zwar könne der qualitative Wertzuwachs unserer defensiven Wertsysteme und eine gute Ausbildung der Soldaten, wie dies in der Bundeswehr der Fall ist, nicht mit absoluten Maßstäben gemessen werden, aber sie stellen insgesamt einen Kampfwert dar, so daß die Bundesrepublik Deutschland nicht risikolos von einem Gegner angegriffen werden kann.

Auch von den gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen zeichneten die Jugendoffiziere ein kritisches, aber keineswegs negatives Bild und nahmen dabei die Bundeswehr selbst nicht aus. Zweifellos wird auch das Engagement für die Arbeit des Jugendoffiziers bei den einzelnen Kommandeuren recht unterschiedlich sein. Der Jugendoffizier ist sicherlich nicht der typische Truppsoldat und seine Arbeitsmöglichkeiten hängen wesentlich vom Verständnis und der Einsicht seiner Vorgesetzten ab. Jugendoffiziere sind nicht nur ein kritisches Potential gegenüber Gruppen und Organisationen, welche die Bundeswehr von vornherein ablehnen, sondern auch gegenüber denen, die im täglichen Umgang mit den Soldaten als Vorgesetzte, im politischen Unterricht und in der nicht praktizierten Inneren Führung nur ihren alten Spruch herunterbeten und Leitbilder der Vergangenheit beschwören. Unreflektierte Zustimmung konservativer Jugendgruppen ist ihnen in der Regel genauso zuwider, wie durch Vorurteile geprägte Ablehnung der Bundeswehr von linken Jugendgruppen. Der politische Offizier und Unterführer ist für die Jugendoffiziere das erstrebenswerte Leitbild, um der Bundeswehr innerhalb der demokratischen Gesellschaft den ihr gebührenden Platz zu geben.

(-/9.4.1976/ve/a/pr)

+ + +

Reformpläne für die Europäischen Schulen

Neue Probleme müssen im Interesse der Kinder gelöst werden

Von Karl-Heinz Walkhoff MdB

Berichterstatler des Europäischen Parlaments

Der Oberste Schulrat, das für die Europäischen Schulen zuständige Gremium, in dem die Regierungen der neun Gemeinschaftsländer und die EG-Kommission vertreten sind, hat der Einberufung einer Reformkommission zugestimmt, die Vorschläge für die Reform der Europäischen Schulen erarbeiten soll. Der Kommissionsarbeit werden Vorschläge zugrundeliegen, die der Jugend- und Kulturausschuß des Europäischen Parlamentes in einem Initiativbericht vorgelegt hatte und die vom Plenum des Parlamentes einstimmig angenommen worden sind.

Die Europäischen Schulen wurden in den Städten gegründet, die Institutionen der EG beherbergen, damit den Kindern der europäischen Bediensteten eine angemessene Schulbildung garantiert werden kann. Von dieser Zielsetzung her ist es verständlich, daß der Oberste Schulrat strenge Kriterien für die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen an den Europäischen Schulen beschloß.

Die Situation hat sich aber geändert. Heute leben in den Industriestaaten Hunderttausende von Kindern ausländischer Arbeitnehmer, die aus Mitgliedsländern der Gemeinschaft stammen. Ihre Chance, erfolgreich eine Schule zu absolvieren, ist gering. Das Europäische Parlament war sich darüber im klaren, daß die Gastländer nicht aus der Verantwortung für die Schulbildung der Kinder derjenigen Wanderarbeitnehmer entlassen werden können, die sie im Interesse ihrer eigenen Industrie und der Steigerung ihres Wohlerganges in ihre Städte geholt haben. Es war allerdings darüber hinausgehend der Auffassung, daß auch die Europäischen Schulen ihren Beitrag leisten müßten, wenn die europäische Idee nicht an Glaubwürdigkeit in der breiten Öffentlichkeit verlieren soll, und forderte deshalb die Öffnung der Europaschulen für solche Kinder ausländischer Arbeitnehmer, die die Sprache eines Gemeinschaftslandes als Muttersprache sprechen. Die Parlamentarier betonten, daß zu diesem Zweck im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten sowohl in den Metropolen der Europäischen Gemeinschaften, wo die bestehenden Schulen teilweise schon aus den Nähten platzen, als auch in Orten, die zwar nicht Sitz von Gemeinschaftseinrichtungen sind, aber als Wirtschaftszentren und industrielle Ballungsgebiete eine größere Zahl von ausländischen Bürgern aus Gemeinschaftsländern zu ihren Einwohnern zählen, weitere Europäische Schulen eingerichtet werden müssen.

Die Öffnung für Kinder von Wanderarbeitnehmern würde allerdings dann zur Force werden, wenn nicht pädagogische Maßnahmen hinzukommen, die der Tatsache gerecht werden, daß Kinder der Gastarbeiter oft aus sozial schwächeren Familien kommen und nicht über die Bildungsvoraussetzungen verfügen, die bei der Mehrzahl der Kinder der europäischen Beamten eine Selbstverständlichkeit sind. So muß allen Kindern eine Teilnahme an der Vorschuler-

ziehung garantiert werden, die unter anderem dem Abbau von Sprachbarrieren dient und damit eine wichtige Voraussetzung für eine spätere erfolgreiche Mitarbeit an der Schule ist.

In der Oberstufe müssen an die Stelle der Jahrgangsklassen Leistungsgruppen treten, in denen die Kinder ihrem besonderen Leistungsvermögen entsprechend unterrichtet werden, und die sowohl nach oben als auch nach unten durchlässig sind. Jahrgangsklassen, in denen Schüler mit extrem unterschiedlichen Voraussetzungen sitzen, sind in der Oberschule pädagogisch zum Scheitern verurteilt. Orientiert sich der Lehrer am Leistungsvermögen der dem Bildungsbürgertum entstammenden Kinder, die heute in erster Linie die Europäischen Schulen besuchen, dann kann er denjenigen, die aus sozial schwächeren Familien kommen und schlechtere Voraussetzungen mitbringen, nicht gerecht werden. Konzentriert er sich vorwiegend auf letztere, dann geht das zu Lasten der Kinder mit günstigen Voraussetzungen, und auch die dritte in einer Jahrgangsklasse gegebene Möglichkeit, die Nivellierung zur Mitte hin, wäre pädagogisch nicht vertretbar. Schließlich sollten die Europäischen Schulen in Zukunft zusätzlich kürzere Ausbildungsgänge anbieten, deren Abschluß dazu befähigt, qualifizierte Berufe zu ergreifen. Die Europäischen Schulen bieten seit zwanzig Jahren die Hochschulreife als einzig möglichen Abschluß an. Das ist ein Kuriosum und pädagogisch ein Unding, das in keinem der Mitgliedsländer eine Entsprechung hat. In Luxemburg hat die Europäische Schule einen Versuch mit kürzeren Ausbildungsgängen gemacht und ist dabei gescheitert. Ich hoffe, daß aus den Fehlern, die man damals gemacht hat, gelernt wird.

Unabhängig von der Öffnung der Europäischen Schulen für einen bisher nicht privilegierten Personenkreis hat das Europäische Parlament weitere Vorschläge zur pädagogischen Reform unterbreitet, durch die diese Schulen, die die pädagogischen und schulpolitischen Erkenntnisse der fünfziger und sechziger Jahre über einen langen Zeitraum hin konservierten, zu Schulen werden sollen, die den Anforderungen der siebziger Jahre gerecht werden. Auch das Zusammenwirken aller an den Europäischen Schulen beteiligten Gruppen sollte nach Auffassung des Parlamentes Gegenstand erneuter Überlegungen der Verantwortlichen sein.

Die Hauptursache für die mangelnde Flexibilität und Entwicklungsfähigkeit der Europäischen Schulen in der Vergangenheit wurde darin gesehen, daß für diese Schulen Vertreter der neun verschiedenen Länder und ein EG-Kommissar zuständig sind, die den Obersten Schulrat, das höchste Organ der Europäischen Schulen bilden und die bisher oft keinen einheitlichen politischen Willen entwickeln konnten. Bei dieser Form der Zuständigkeit verwundert es nicht, daß Reformvorschläge, die ohnehin einen sehr langen Instanzenweg von der Basis bis zur verantwortlichen Spitze zurückzulegen haben, oft schon überholt waren, wenn sich der Oberste Schulrat, der nur zweimal jährlich tagt, schließlich damit befaßte und zu einem Ergebnis kam.

Das Europäische Parlament zog die Konsequenz aus dieser mißlichen Situation und forderte die alleinige Zuständigkeit der Europäischen Kommission für die Europäischen Schulen. Obwohl sich die Kommission und die Verantwortlichen der EG-Länder bisher mit dieser Forderung nicht einverstanden erklärten, sind durch die Einberufung einer Reformkommission beim Obersten Schulrat die Weichen für eine sachliche Untersuchung der Vorschläge des Europäischen Parlaments gestellt worden. Der gute Wille wurde auch dadurch dokumentiert, daß sich der Oberste Schulrat über die starren und strengen Bestimmungen von Statuten und Richtlinien hinwegsetzte und die Beteiligung von Parlamentariern an der Arbeit der Reformkommission befürwortete.

(-/9.4.1976/va/e/pr)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"An einsamer Spitze: Die Bundesrepublik"

Die liberale britische Wochenzeitschrift "The Economist" befaßte sich am 27. März mit den Problemen der Europäischen Gemeinschaft. Wir zitieren folgende Absätze:

"Kein anderes Mitgliedsland kann sich mit Deutschlands Kombination von wirtschaftlicher Stärke und innerer politischer Stabilität messen. Eine zweistufige Gemeinschaft existiert also bereits. Aber nur ein Land sitzt auf dem Oberdeck. Das Unvermögen, ein Gegengewicht gegen die deutsche Macht zu entwickeln, ist für die Gemeinschaft zumindest ein ebenso schwerwiegendes Problem wie die Talfahrt Italiens ins Chaos.

Die Deutschen mögen bereit sein, Opfer zu bringen, die es ihrer Ansicht nach wert sind; sie sind allerdings nicht bereit, zum Narren gehalten zu werden. Viele Deutsche sind der Auffassung, daß ihr Beitrag zum Gemeinschaftsbudget allzu sehr aufgeblüht und unfair ist, weil bei dem Zahlungsniveau gegenüber der europäischen Rechnungseinheit die Auf- und Abwertung in den Mitgliedstaaten unberücksichtigt bleiben (ein privater in Bonn kursierender Vorschlag sieht vor, daß Deutschland seinen Beitrag für das nächste Jahr an dem "realistischen" Niveau von DM 3,06 statt DM 3,66 pro Rechnungseinheit orientiert - während es den anderen Mitgliedsländern überlassen bleiben sollte, die Differenz auszugleichen, falls sie dazu in der Lage sind). Deutschlands letztes Weissbuch zur Verteidigung unterstreicht mehr als die früheren den Wert (Kosten und Ausbildung) der deutschen Streitkräfte und fordert seine europäischen Verbündeten eindringlicher denn je auf, den deutschen Bemühungen nachzueifern.

Die Deutschen haben früher schon einmal auf die Pauke gehauen und dann doch nachgegeben; zum Beispiel bei der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik und den Kürzungen des EG-Budgets. Aber es wäre gefährlich, davon auszugehen, daß sie sich immer so verhalten werden. Zweifellos sind die Tage dahin, als das Schuldgefühl gegenüber der Vergangenheit gleichbedeutend war mit der Tatsache, daß die Deutschen sofort zahlten und dann den Mund hielten. Brandts Ostpolitik hat viele alten Geister begraben; und Schmidt scheint überhaupt nicht an Geister zu glauben. Als sich die Amerikaner um die Erneuerung des Offset-Abkommens für die Stationierungskosten ihrer Truppen in Deutschland bemühten, weigerte sich Herr Schmidt energisch. Die Zeiten haben sich geändert, sagte Herr Schmidt, die Bundesbank kauft eine Menge amerikanischer Schatzanweisungen, und die ehemalige Form der Offset-Abmachungen ist ein Anachronismus. Die Briten werden es diesmal leichter im Hinblick auf ihr Offset-Abkommen haben, weil sie arm sind. Aber das nächste Mal?

Dieses selbstbewußte Verhalten bedeutet lediglich, daß Deutschland sein politisches Gewicht so weit eingesetzt hat, um mit seiner wirtschaftlichen Macht Schritt zu halten. Für starke Verbündete könnte dies ein Grund zur Zufriedenheit sein. Aber für die Mitglieder der Gemeinschaft, die so offensichtlich unfähig sind, sich mit ihrem starken Nachbarn zu messen, ist es ein Grund zur Sorge, insbesondere für Frankreich, dem allerjüngsten Opfer in dem Kampf, mit den Schmidts mitzuhalten." (-/9.4.1976/va/e/pr)

+ + +